

Stand: 08.02.2026 08:55:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16970

"Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16970 vom 17.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18674 des KI vom 19.10.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18963 vom 09.11.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Büssinger, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Susann Biedefeld SPD**

Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus dem Bericht des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus zu Antisemitismus in Deutschland (BT-Drs. 18/11970) für Bayern und zu den Handlungsempfehlungen in diesem Bericht für die Themenbereiche „Straftaten“, „Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung“, „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“, „Medialer Diskurs“, „Antisemitismus und Parteien“, „Antisemitismus in politischen Bewegungen und Organisationen“, „Handlungsempfehlungen – Antisemitismus und Religion“, „Antisemitismus bei Geflüchteten“ und „Handlungsempfehlungen – Prävention und Intervention“ (siehe Bericht S. 290 – 297) zieht.

Insbesondere soll die Staatsregierung zu den Empfehlungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu folgenden Bereichen bzw. Aufgabenfeldern Stellung nehmen:

- Erfassung, Veröffentlichung und Verfolgung antisemitischer Straftaten,
- Fortbildung für Polizeibeamte und Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz zur Erfassung antisemitischen Gehalts von Aussagen bzw. Aktionen,
- Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen (Polizeibehörden, Justiz) und Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie anderen Initiativen bei der Erfassung antisemitischer Straftaten,

- Durchführung einer Fallstudie zum Dunkelfeld antisemitisch motivierter Kriminalität,
- Evaluierung des Erfassungssystems für politisch motivierte Kriminalität (PMK),
- Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission zum Themenbereich Antisemitismus,
- Initiierung von Monitoring und Studien zu antisemitischen Einstellungen in der bayerischen Bevölkerung,
- Förderung eines Landesprogramms zur Antisemitismusprävention,
- Auf- bzw. Ausbau von Melde- und Beratungsstrukturen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen, Vorfällen oder Straftaten,
- Einbindung von jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Fachkräften und Institutionen in staatliche/zivilgesellschaftliche Gremien, die sich für Demokratieförderung sowie Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus einsetzen,
- Einbeziehung jüdischer Perspektiven und Expertisen in die verschiedenen Förderprogramme historisch-politischer Bildung, Antisemitismusprävention und Intervention,
- Initiierung regelmäßiger Selbst- und Fremdevaluierungen zu Aktivitäten der demokratischen Parteien in Bayern gegen Antisemitismus und Antisemitismus in den eigenen Reihen,
- Gründung einer fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppe im Landtag, die sich mit Fragen zum Antisemitismus beschäftigt und dazu in regelmäßigen Abständen einen Bericht veröffentlicht,
- Aufnahme eines Kapitels „Antisemitismus im Rechtsextremismus“ bzw. eines Kapitels zu Antisemitismus in den jeweiligen extremistischen Phänomenbereichen in dem vom Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr veröffentlichten jährlichen Verfassungsschutzbericht,
- Behandlung des Antisemitismus bei den politischen Stiftungen nicht nur im Kontext des Holocaust oder des Rechtsextremismus, sondern auch bezogen auf seine aktuellen Erscheinungsformen,
- Unterstützung einer Bewegungsforschung, die sich auch mit antisemitischen Strömungen innerhalb alter und neuer politischer Bewegungen auseinandersetzt,

- Förderung der Durchführung von qualitativen und quantitativen Studien, um bislang fehlende empirisch gestützte Erkenntnisse über die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus auf Gemeindeebene der katholischen Kirche und evangelischen sowie den Freikirchen in Bayern zu erlangen,
- Initiierung, Durchführung und Förderung von Forschung zu Antisemitismus unter Geflüchteten,
- Förderung von Moscheegemeinden, muslimischen Trägern, Institutionen und Projekten, die konkrete Maßnahmen im Bereich der interkulturellen und interreligiösen Begegnungs- und Dialogarbeit mit jüdischen Partnern sowie Trägern der politischen Bildung gegen Antisemitismus durchführen,
- Würdigung der Dialogarbeit von Imamen in Bayern im Kampf gegen Antisemitismus und die Einbeziehung ihrer Erfahrungen für die weitere antisemitismuskritische Arbeit auch in anderen muslimischen Gemeinden,
- Fokussierung auf Themen zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus in muslimischen Gemeinden, die Gemeinsamkeiten von Islam und Judentum hervorheben,
- Vernetzung und Erfahrungsaustausch von Wissenschaft, Praxis und insbesondere Trägern der historisch-politischen Bildung zum Thema Flucht und Antisemitismus sowie die Anerkennung von Geflüchteten als politisch Denkende und Handelnde mindestens in den Bildungsprogrammen des Freistaates.

Begründung:

Im Januar 2012 überreichte der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus dem Bundestag seinen Bericht zu Antisemitismus in Deutschland. Der Expertenkreis, bestehend aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, war 2009 mit der Erstellung dieses Berichts beauftragt worden, mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft zu präsentieren, die dann von den politischen Akteurinnen und Akteuren aufgenommen und umgesetzt werden sollten. Der erste Expertenbericht machte deutlich, wie breit Antisemitismus nach wie vor gesellschaftlich verankert ist. Auch ein Maßnahmenkatalog wurde formuliert. Dieser fand jedoch kaum Eingang in den politischen und öffentlichen Diskurs. Im Dezember 2014, rund vier Jahre nach dem Einsetzen des ersten Expertenkreises, wurde erneut auf Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie in Übereinstimmung mit der Partei Die Linke ein Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus bestellt. Auch der vorliegende Bericht des zweiten

Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus zeigt, dass die Bekämpfung des Antisemitismus eine dauerhafte Aufgabe für Politik und Gesellschaft ist und bleibt.

Der Expertenkreis fordert insbesondere, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, jüdischen Organisationen und Sicherheitsbehörden bei der Erfassung antisemitischer Straftaten zu verbessern. Die Schaffung entsprechender Strukturen solle den Betroffenen das Anzeigen antisemitischer Straftaten erleichtern und damit Dunkelziffern reduzieren. Basis für die Beurteilung antisemitischer Taten soll ein einheitlicher Kriterienkatalog sein, in Anlehnung und kritischer Weiterentwicklung der sogenannten Working Definition zum Antisemitismus. Antisemitische Straftaten sollen im Verfassungsschutzbericht wieder explizit ausgewiesen werden. Die erhobenen Daten sollten in einer einheitlichen, bundesweiten Datenbank regelmäßig veröffentlicht werden. Bei der Strafverfolgung fordert der Expertenkreis eine entschiedenere Berücksichtigung antisemitisch motivierter Straftatbestände durch die Justiz.

Darüber hinaus fordert der Expertenkreis die dauerhafte und strukturelle Schaffung von Beratungs- und Empowerment-Strukturen für von Antisemitismus Betroffene.

Die Forderung aus dem ersten Bericht, die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Trägern in der Antisemitismusprävention zu verstetigen, wird vom zweiten Unabhängigen Expertenkreis wiederholt. Damit greift er eine Forderung des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom August 2013 auf, der sich „mit Nachdruck“ für eine „Neuordnung der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus“ ausspricht. Darüber hinaus fordert der Expertenkreis die Politik auf, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für bürgerliche Akteure zu garantieren.

Zahlreiche der in dem Bericht beschriebenen Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung und -prävention fallen in die Zuständigkeit der Länder. Der Bund hat in diesem Zusammenhang meist nur eine Anregungsfunktion.

Um die Abstimmung länderspezifischer Maßnahmen, vor allem im Bereich Schule, Jugendhilfe, Justiz und Polizei, zu verbessern, fordert der Expertenkreis die Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der für die o.g. Bereiche zuständigen Stellen. Außerdem fordert er die Bundesländer auf, eigenständige Maßnahmen zur Antisemitismusbekämpfung in den Landesprogrammen zur Extremismusprävention zu verankern und über diese in Austausch zu treten.

Der Expertenkreis fordert überdies mehr Forschungsvorhaben, die sich gezielt sowohl mit den historischen Entwicklungen als auch den gegenwartsbezogenen Formen des Antisemitismus befassen und die sowohl die Perspektive der nichtjüdischen wie auch der jüdi-

schen Bevölkerung berücksichtigen. Diese sollen interdisziplinär und sowohl quantitativ als auch qualitativ angelegt werden. Außerdem sollen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden für eine stärkere praxisbezogene Antisemitismusforschung, jenseits der Evaluation von Bundesprogrammen.

Im Übrigen empfiehlt der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus, Berichte durch weitere Expertenkrei-

se erstellen zu lassen, die antimuslimische und andere Vorurteile und Ausgrenzungen beschreiben und analysieren, da es sich hierbei nicht nur um ähnliche Phänomene handele, sondern auch Schnittmengen zu antisemitischen Haltungen sichtbar würden, die für die im Bericht vorgeschlagenen präventiven Strategien von grundlegender Bedeutung seien.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Florian Ritter,
Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Drs. 17/16970**

Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Büssinger, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/16970, 17/18674

Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ‚EU-Cybersicherheitsagentur‘ ... und zur Aufhebung der Verordnung ... Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ... Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final, BR-Drs. 680/17 Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Antisemitismus entschieden bekämpfen!
Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Drs. 17/16970, 17/18674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern
Drs. 17/17487, 17/18679 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antisemitismus entschlossen entgegentreten
Drs. 17/17525, 17/18681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach
Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pflege Drs. 17/17593, 17/18695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Packungsbeilage für Arzneimittel in „Leichter Sprache“
Drs. 17/17595, 17/18696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tram-Nordtangente in München verwirklichen
Drs. 17/17816, 17/18797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Barbara Stamm,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Stärkung der Betreuungsvereine
Drs. 17/17860, 17/18789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Oliver Jörg u.a. CSU
Weiterentwicklung des Studienzweigs Musik am Matthias-Grünewald-
Gymnasium Würzburg im Sinne der Begabten- und Hochbegabtenförderung
Drs. 17/17862, 17/18800 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen
Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!
Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

